Antrag A07: Keine käufliche Reserve, kein Niemandsland: Das Land gehört uns allen!

Antragsteller*in:	Patricia Usée (Sie · KV Oberhavel), Kreisverband Oberhavel
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das Land gehört uns allen hat für uns in Brandenburg eine mehrfache Bedeutung. Es meint unser gemeinsames Brandenburg, das den Menschen gehört, die hier leben und nicht als käufliche Ware verstanden wird. Es meint auch den ländlichen Raum innerhalb unseres Bundeslandes, um den wir uns in den nächsten Jahren besonders kümmern wollen. Während es verbindende, wohnortunabhängige Problemlagen wie die Bezahlbarkeit des Lebens oder den Wunsch nach Frieden gibt, ergeben sich wiederum andere Konfliktfelder in direktem Zusammenhang zu regionalen Gegebenheiten. Unserer Partei ist es bundesweit in den urbanen Zentren gelungen, über die Mietenproblematik große Teile der Bevölkerung anzusprechen. Wohnen ist zur entscheidenden Eigentums- und Regulierungsfrage der Städte geworden. In der Fläche Brandenburgs stellt sie sich mit gleicher Schärfe bei Boden, Wasser, digitaler Infrastruktur und Energie.

Als Linke haben wir insbesondere zu Boden-, Wasser- und Energiepolitik seit langer Zeit eigenständige, fachlich fundierte Positionen. Mit diesem Antrag beginnen wir die Ressourcenfragen einschließlich neuerer Entwicklungen rund um Rechenzentren noch stärker als zuvor in Verbindung zueinander zu denken, sie unter der Klammer der Eigentumsfrage zu erzählen und das Potenzial dieses Schwerpunktthemas als Puzzlestück für uns als ländlich geprägtes Bundesland zu umschreiben.

Das Land gehört uns allen meint schließlich das Land, auf dem wir leben: unseren Boden, unser Wasser, unsere Wälder, unsere Landschaften, unsere Energie und den Raum, den wir gemeinsam nutzen. Brandenburg hat, was in einer immer dichter bebauten und ressourcenhungrigeren Welt zunehmend wertvoll wird: einen – wenngleich verletzlichen – Wohlstand an natürlichen Ressourcen, die vom Wasser im See über die Bäume im Wald bis zum Wind über den Baumwipfeln reichen und unseren Brandenburger Raum bilden. Dieser Raum ist kein Niemandsland und keine käufliche Reserve für die Interessen derer, denen es nicht um Brandenburgs Zukunft und die Menschen hier geht, sondern um Geschäfte, die auf Kosten unserer Lebensgrundlagen hohe Renditen für Einzelne versprechen. Wir wollen stattdessen den Raum, in und

auf dem wir leben, schützen und erhalten, damit er auch künftig unsere Lebensgrundlage sein kann.

Die zentrale Frage ist für uns: *Wer entscheidet darüber, wofür unser Raum und unsere Ressourcen genutzt werden, wer hat am Ende etwas davon, wer hat Zugang zu den Informationen, die mit solchen Entscheidungen verbunden sind, und wer nicht?*

Schauen wir aufs Wasser: Was lange selbstverständlich schien, wird in Brandenburg zunehmend zur Frage der Zukunft. Werden unsere Seen und Flüsse genug Wasser führen? Können Landwirt:innen ihre Felder bewässern, Wälder den nächsten Dürresommer überstehen und Kommunen die Trinkwasserversorgung für alle Menschen sichern?

Brandenburg gehört zu den niederschlagsärmeren Regionen Deutschlands. Die sandigen Böden speichern vergleichsweise wenig Wasser, und die Folgen des Klimawandels verschärfen die Belastung des Wasserhaushalts. In der Lausitz kommt die jahrzehntelange Absenkung des Grundwassers durch den Braunkohlebergbau hinzu. Wenn mit dem Kohleausstieg immer weniger abgepumptes Grundwasser in die Spree gelangt, verschärft sich die Herausforderung, ausreichende Wassermengen für die gesamte Region zu sichern. Gleichzeitig wächst der Wasserbedarf: Menschen brauchen Trinkwasser, Landwirtschaft und Natur sind auf Wasser angewiesen, und Industrieansiedlungen sowie neue Großverbraucher beanspruchen zusätzliche Mengen. In Dürreperioden wird damit immer deutlicher, dass nicht alle Nutzungsansprüche gleichzeitig erfüllt werden können. Wasserknappheit ist deshalb auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Kontrolle. Es darf nicht derjenige am meisten Wasser bekommen, der am meisten bezahlen kann oder über die größte wirtschaftliche Macht verfügt. Wasser ist keine beliebig verfügbare Ware, sondern eine unverzichtbare Lebensgrundlage.

Gerade in Brandenburg wird beim Wasser sichtbar, wie um natürliche Ressourcen gerungen wird. In Baruth verfügt Redbull über weitreichende Rechte zur Nutzung fast des gesamten Grundwassers – bei sinkendem Grundwasserspiegel und zunehmender Grundwasserdürre, in Grünheide konkurrieren Haushalte und Unternehmen rund um Tesla um Fläche, Wasser und Infrastruktur. Gleichzeitig erlebt Brandenburg einen Boom geplanter Rechenzentren, weil hier noch vorhanden ist, was andernorts bereits deutlich knapper wird: Fläche und Energie. Neue Wasserstoffleitungen, Windparks, Solarflächen und Stromnetze durchziehen das Land. Aber der Energiehunger riesiger Rechenzentren ist so hoch, dass all das nicht

reicht. So werden mindestens zu ihrer Notfallversorgung neue Gaskraftwerke gebaut werden müssen und wo der Netzausbau nicht ausreicht und Rechenzentren bevorzugt beliefert werden sollen, werden Entwicklungen ausgebremst, die für unser Land besser wären, als eine monströse Flächenversiegelung durch große Betonburgen, die einen unersättlichen Hunger nach Wasser und Energie haben, aber kaum Arbeitsplätze oder Gewerbesteuer in die Region bringen.

Wir wollen mehr digitale Unabhängigkeit von US-Tech-Monopolen, dazu braucht es auch Rechenzentren in Deutschland. Aber bevor wir unsere wertvollen Ressourcen in Rechenzentren stecken, müssen wir wissen, wer es betreiben will und zu welchem Zweck. Denn wenn US-Tech-Monopole hier bei uns ihre Giga-Rechenzentren bauen, werden wir zur digitalen Kolonie, aber kein bisschen unabhängiger und am Ende wird nur ein Milliardär noch reicher. Für gute Entscheidungen braucht es außerdem vollständige Transparenz über den realistisch und überprüfbar geplanten Ressourcenverbrauch jedes neuen Rechenzentrums, weil wir mit unseren Lebensgrundlagen dafür bezahlen, wenn viele Millionen Liter Wasser zusätzlich durch die Kühlung von Servern verbraucht werden, während der Energieverbrauch dramatisch ansteigt und die Energiewende ausgebremst wird.

Wir fordern, dass öffentliche Flächen für Rechenzentren grundsätzlich nicht verkauft werden. Wenn eine Ansiedlung nach einer transparenten Prüfung des Energie- und Wasserbedarfs, des Flächenverbrauchs und des regionalen Nutzens überhaupt vertretbar ist, soll die Nutzung vorrangig über Erbbaurecht ermöglicht werden. Andere zeitlich und sachlich gebundene Nutzungsrechte kommen nur infrage, wenn sie einen vergleichbaren langfristigen Einfluss der öffentlichen Hand gewährleisten. So bleibt der Boden in öffentlicher Hand und die öffentliche Hand behält langfristige Einflussmöglichkeiten.

Außerdem fordern wir unsere Bundestagsabgeordneten dazu auf, sich für den Aufbau von Rechenzentren in öffentlicher Trägerschaft einzusetzen, die eine demokratische Kontrolle und einen gesellschaftlichen Nutzen gewährleisten. Wo eine öffentliche Trägerschaft nicht erreicht werden kann, muss zumindest eine wirksame europäische Kontrolle sichergestellt werden. Datenschutz, digitale Souveränität und die Rechte der Nutzer:innen müssen dabei gewährleistet sein. Öffentliche Förderung und der Zugang zu knappen Ressourcen müssen an überprüfbare Bedingungen geknüpft werden, insbesondere an Energie- und Wassereffizienz, Transparenz, regionale Wertschöpfung und einen nachweisbaren gesellschaftlichen Nutzen.

Die Energiewende ist nicht nur eine ökologische und klimapolitische Aufgabe. Sie ist auch eine Eigentumsfrage. Wir müssen dafür kämpfen, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien tatsächlich demokratischere, gerechtere, friedlichere Zukünfte eröffnet und uns dagegenstellen, dass sich neoliberale Wirtschaftssysteme, das Versprechen eines unendlichen Konsums, imperialistische Verhältnisse, Gewalt und Ausbeutung von Mensch und Umwelt fortsetzen.

Wir wollen die Energie- und Wärmewende, den Ausbau zukunftsfähiger Industrie und eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur. Aber wir akzeptieren nicht, dass die Fläche Brandenburgs vor allem deshalb attraktiv ist, weil hier Platz für die Geschäftsmodelle anderer vorhanden ist, während die Menschen vor Ort die Infrastruktur bereitstellen, ökologische Folgen tragen und von der geschaffenen Wertschöpfung fast nichts zurückbekommen. Wo Wind- und Solarenergie erzeugt, Wasser genutzt, Wasserstoff produziert oder transportiert und große digitale Infrastruktur errichtet wird, müssen Kommunen und Bevölkerung dauerhaft an Wertschöpfung und vor allem an den Entscheidungen beteiligt sein. Denn gerade Riesen-Rechenzentren rechnen ihre Gewinne durch notwendige Re-Investitionen alle 3-5 Jahre und durch Vertragskonstrukte innerhalb ihrer Konzernstrukturen derart klein, dass ohnehin keine oder kaum Steuereinnahmen entstehen, die in die Regionalentwicklung fließen könnte. Wenn von Vorteilen aber nur ausländische Aktionäre profitieren und die Nachteile von Brandenburger:innen getragen werden müssen, braucht es ein echtes Mitspracherecht für die Bevölkerung, das auch eine Ablehnung einschließt, um den Raum für bessere Alternativen nutzen zu können. Ohne Frage muss auch öffentliche Förderung an einen nachweisbaren gesellschaftlichen und regionalen Nutzen gebunden werden.

Wir wollen eine Verkehrswende, die über den bloßen Austausch von Verbrennungs- durch Elektromotoren hinausgeht. Auch Elektroautos benötigen Straßen, Stellplätze, Rohstoffe und Produktionsenergie und beanspruchen große Flächen. Der bloße Austausch des Antriebs entsiegelt keinen einzigen Quadratmeter Boden. Deshalb setzen wir auf die Verlagerung von Wegen vom motorisierten Individualverkehr auf einen verlässlichen, barrierearmen und bezahlbaren öffentlichen Verkehr, insbesondere auf die Schiene und auf elektrisch betriebene Busse. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs muss Vorrang vor einer weiteren Ausweitung der Straßeninfrastruktur erhalten. Bei allen Verkehrsprojekten sind Flächenverbrauch, Natur- und Klimaschutz sowie die tatsächlichen Mobilitätsbedürfnisse der Menschen vor Ort zu berücksichtigen.

Auch unseren Boden müssen wir im Sinne des Gemeinwohls verteidigen. Boden ist nicht vermehrbar. Wer ihn besitzt, verfügt langfristig über Lebensraum, Ernährung, wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Ressourcen. Boden darf deshalb nicht allein als Ware oder Spekulationsobjekt behandelt werden. Die Preisentwicklung verdeutlicht den zunehmenden Druck auf landwirtschaftliche Betriebe. Zugleich gelangen landwirtschaftliche Flächen in die Hände orts- und branchenfremder Investoren. Wir wollen Boden dauerhaft vor Spekulation schützen, öffentliches Eigentum stärken und seine Nutzung konsequent am Gemeinwohl ausrichten.

Wir fordern unsere kommunalen Vertreter:innen in Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen auf, sich dafür einzusetzen, dass öffentliche Grundstücke grundsätzlich nicht verkauft, sondern vorrangig im Erbbaurecht vergeben werden. Ausnahmen müssen eng begründet und öffentlich nachvollziehbar sein. Bei der Vergabe sind soziale, ökologische und gemeinwohlorientierte Kriterien verbindlich zu berücksichtigen. Ziel ist, öffentliches Bodeneigentum dauerhaft zu erhalten und langfristige Gestaltungsmöglichkeiten nicht kurzfristigen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen unterzuordnen.

Hinzukommend fordern wir die Bundesregierung und die zuständigen Stellen des Bundes auf, die BVVG-Flächenmanagementgrundsätze so weiterzuentwickeln, dass ehemals volkseigene landwirtschaftliche Flächen vorrangig langfristig verpachtet und nicht weiter privatisiert werden. Bei der Vergabe und Verpachtung sollen ortsansässige, nachhaltig wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe sowie agrarstrukturelle Ziele berücksichtigt werden. Spekulation und die Konzentration von Boden in den Händen außerlandwirtschaftlicher Investoren müssen wirksam begrenzt werden. Dabei sind bestehende gesetzliche Erwerbsansprüche und die rechtlichen Handlungsspielräume zu berücksichtigen.

Wohlstand an natürlichen Ressourcen heißt für uns nicht, jede freie Fläche wirtschaftlich zu verwerten. Er bedeutet, unseren gemeinsamen Reichtum an Boden, Natur, Wasser, Energie und Raum demokratisch zu gestalten. Klimaschutz, gute Arbeit, öffentliche Daseinsvorsorge, Ernährung, Wohnen, Naturschutz, Erholung und wirtschaftliche Entwicklung müssen gemeinsam gedacht werden. Und gerade in einem Flächenland müssen die Menschen, die diesen Raum täglich bewohnen und erhalten, darüber mitentscheiden können, wie er sich verändert. Es ist unser Land. Deshalb wollen wir auch gemeinsam darüber entscheiden, was mit ihm geschieht!

Der Landesparteitag beschließt anlehnend an die Arbeitspakete aus dem Leitantrag *Die neue Linke: Einladend. Aktiv. Sichtbar.*:

- Als Teil bestehender und neuer Austauschformate für den kreisverbandsübergreifenden und landesweiten Austausch werden wir die Ressourcenfrage weiter vertiefen.
- Bei der Entwicklung einer gemeinsamen Kommunikationsstrategie für den Landesverband wird das Antragsthema Beachtung finden.
- Innerhalb kommunalpolitischer Vernetzungen streben wir mindestens einen intensiven Austausch, längerfristig eine gemeinsame Handlungs- und Kommunikationsweise an. Der Landesvorstand erarbeitet gemeinsam mit der kommunalpolitischen Vernetzung eine Handreichung für kommunale Mandatsträger:innen. Sie soll konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Sicherung öffentlichen Bodeneigentums, zur Vergabe im Erbbaurecht, zu Flächenschutz und Verkehrsverlagerung sowie zur Prüfung von Rechenzentrumsansiedlungen enthalten. Dazu sollen nach Möglichkeit konkrete Beispiele, Prüfkriterien und kommunale Handlungsmöglichkeiten aufbereitet werden. Die Kreisverbände werden aufgefordert, diese Handreichung in ihren kommunalen Fraktionen und Gremien zu beraten und entsprechende Initiativen vor Ort anzustoßen.
- Lokale Konflikte in den Felder Energie, Wasser, Boden und digitale Infrastruktur werden landesweit erfasst, um perspektivisch die Kämpfe miteinander zu verbinden. Wir arbeiten zudem daran, Best-Practice-Beispiele sichtbar zu machen.
- Wir suchen hierfür den Kontakt zu lokalen Akteur:innen sowie die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, Verbänden und Gewerkschaften. Auch gemeinsame politische Sparziergänge (angelehnt an die Waldsparziergänge in Grünheide) können ein wertvolles Format darstellen.
- In den sozialen Netzwerken sowie in Kooperation mit den Ortsverbänden, in denen es linke Printmedien (e.g. Zeitschriften) gibt, erarbeiten wir verstärkt Inhalte zur Eigentumsfrage rund um Brandenburgs Ressourcen.
- Zudem ist es auch sinnvoll, eine solche Themenplatzierung gemeinsam mit anderen (ähnlich strukturierten) Landesverbände sowie durch die Unterstützung der Bundespartei durchzuführen.
- Im Dialog mit unseren Mitbürger:innen prüfen wir den Aufbau einer

tragfähigen Kampagne. Um dies zu prüfen, ist eine Präsenz in der Fläche, die landesweit unterstützt wird, unabdingbar.

- Wir überlegen gemeinsam mit Menschen vor Ort, Wissenschaft und relevanten Akteur:innen, wie wir mehr Entscheidungsmacht über unseren Raum nd unsere Ressourcen bekommen können. Beispielhaft könnten auch experimentelle Teilhabeformate wie Transformationsräte erprobt werden.
- Die Bundestagsfraktion und die Brandenburger Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik, eine Weiterentwicklung der BVVG-Grundsätze sowie für digitale Infrastrukturen in öffentlicher Trägerschaft oder unter wirksamer europäischer Kontrolle einzusetzen.